



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 25. März 1882.

Nr. 144.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Ergebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, eine Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin in der Expedition monatlich **50 Pfennige**, mit Bringerlohn **70 Pfg.**
Die Redaktion.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 24. März.

Präsident v. Köllner eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Am Ministertische: Bitter und mehrere Kommissarien.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Staatshaushaltsetats und zwar des Etats der direkten Steuern in Verbindung mit dem Steuererlaß und dem dazu gestellten Antrage v. Hammerstein.

Der erste Redner ist der Abg. Richter, welcher erklärt, daß der Beschluß der Budgetkommission allgemein mehr überrascht habe, als der Beschluß des Volkswirtschaftsraths über das Tabakmonopol. Sodann wendet Redner sich gegen den Antrag v. Hammerstein, für welchen er keine Erklärung finden könne; er könne nicht verstehen, weshalb die Herren erst jetzt mit diesem Antrage kommen, welcher doch im vorigen Jahre dem Richter gegenüber am Platze gewesen wäre. Er wünscht vom Finanzminister zu erfahren, ob er überhaupt bei einer Reform der direkten Steuern bezwecke, wie er zu der Klassensteuer stehe, ob dieselbe überhaupt beseitigen wolle u. dgl. m. Der Finanzminister möge doch endlich einmal mit der Sprache herauskommen, allein er fürchte das Haus vor den Wahlen darüber nichts erfahren werde. Er (Redner) werde den Steuererlaß besprechen, nicht deshalb, weil er die finanzielle Lage des Staates für ausgezeichnet halte, sondern, weil er in sich nicht die Verpflichtung fühle, der Regierung Einnahmen aufzuzwingen, welche sie nicht wolle, und weil er glaube, daß die Regierung verpflichtet sei, von den vielen Versprechungen, die sie den Reichstagswahlen gemacht, wenigstens einen Theil zu erfüllen; er lehne aber die Unterstellung ab, als ob er mit der Zustimmung zu dem weitausgehenden Steuererlaße ein Engagement für die Wirtschaftspolitik des Reichstags eingelege, er werde vielmehr nach wie vor entschieden bekämpfen. (Beifall links.)

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Der Vortrag der Regierung mußte kommen, sie war zu diesem verpflichtet; ob wir aber den Steuererlaß annehmen müssen, das ist eine andere Frage. Es ist der Vorschlag nichts weiter als ein gesetzgebendes Monolog. Alle rechtlichen Erfordernisse zu dem Steuererlaße sind vorhanden, nur thatsächlich das Geld. Es sei kein Etatsüberschuß vorhanden, und wir stehen vor einem verhältnismäßig großen Defizit, weil von allen Seiten neue Ausgaben in Aussicht stehen. Wir haben uns daher die größten Sparsamkeit zu befehlen, und wir müssen alle Fragen dieser Art verlagern bis zur Steuerreform, welche allerdings noch eine ziemlich hantelichte Farbe hat. (Hört, hört! links.) Der Abg. v. Hammerstein führe zum Ruin des jetzigen

gen Steuersystems, und werde er auch gegen diesen Antrag stimmen.

Finanzminister Bitter: Bei den Gründen, die gegen den Steuererlaß vorgebracht worden, sei zu sehr grau in grau gemalt; er habe bei Einbringung des Etats auch nicht behauptet, daß die Finanzlage des Staates eine „ausgezeichnete“ sei, er habe dieselbe vielmehr, wie er glaube, nur als eine „sehr gute“ bezeichnet. (Heiterkeit links.) Nach Jahren des Defizits im Etat und in der Verwaltung sehe man vor einem Jahre, in welchem sich nicht einmal ein verschleiertes Defizit gezeigt habe, vor einem Jahre, in welchem aus dem Vorjahre 29 Millionen übernommen werden konnten. Der Ausdruck „verschleiertes Defizit“ lasse sich überhaupt nur durch eine Menge von Definitionen beweisen; ein Defizit sei ein Manko in der Bilanzierung der Ausgaben gegen die Einnahmen, und ein solches Manko sei nicht vorhanden. Wenn die freiconservative Partei dennoch von dem Vorhandensein eines verschleierten Defizits spreche, so sei ihm dies gleichgültig. (Heiterkeit.) Wollte man alle Anforderungen, die an die Regierung herantreten, auf einmal erfüllen, so mache man gleich im ersten Jahre bankrott. (Zustimmung.) Der Minister verweist demnach darauf, wie viel für die Entwicklung des Landes in idealer und materieller Beziehung in der letzten Zeit geschehen sei und welche großen Summen dafür in den Etat eingestellt seien. Die finanzielle Lage des Staates sei eine gute; bei Aufrechterhaltung dieser Behauptung bleibe er auf dem Boden der thatsächlichen Verhältnisse, und die Behauptung von dem „verschleierten Defizit“ sei eine konstitutionelle Uebertreibung der Budgetaufsicht. Haben wir das Glück, zwei bis drei gute Ernten hintereinander zu haben, dann werden wir ohne Zweifel sehr günstige finanzielle Verhältnisse erhalten; treten diese Ernten nicht ein, dann helfen alle Finanzkünste nicht. Die Regierung steht auf dem Standpunkte, es seien dem Lande Steuererleichterungen versprochen, und die Regierung wolle nicht dazu beitragen, daß aus diesen Versprechungen nichts werde. Die Regierung bleibe auf dem Standpunkte stehen, in sie im vorigen Jahre eingenommen habe, und sie erachte sich durch das Gesetz für gebunden, den Steuererlaß in Vorschlag zu bringen. Bezüglich des Antrages von Hammerstein erkennt der Minister an, daß der darin enthaltene Vorschlag ein durchaus korrekter sei, welcher, wenn er vom Hause angenommen werden sollte, von der Regierung nicht abgelehnt werden würde. Die Regierung hofft, daß der Etat, wie er von ihr vorgelegt sei, Annahme finden werde. Die Staatsregierung betrachte den Steuererlaß als eine Staatsausgabe, und sie glaube nicht, daß durch denselben die Amortisation der Eisenbahnschuld irgendwie beeinträchtigt werden könne.

Abg. Dr. Windthorst erklärt, daß er einfach für die Vorlage der Regierung stimmen werde, für den Steuererlaß, wie er im Etat vorgehen sei. Die Finanzlage des Landes sei nicht so schlecht, wohl aber die Lage der Steuerzahler, und wenn irgend eine Gelegenheit sich da biete, die den letzteren eine Erleichterung zu gewähren, so werde er unter allen Umständen zugreifen. Er wolle der Regierung nicht Millionen ostroyiren, wenn sie dieselben nicht verlange, und bestimme daher den Steuererlaß, ohne zu untersuchen, ob derselbe rationell sei oder nicht. Gegen die gänzliche Befreiung einer ganzen Klasse von Steuerzahlern (Antrag Hammerstein) erklärt sich Redner, weil er davon eine entschiedene Rückwirkung auf das Wahlsystem befürchte, und er sich nicht verhehle, daß in der untersten Klasse der Steuerzahler ein großes konservatives Element vorhanden sei.

Abg. Graf v. Wintzingerode erklärt sich gegen den Steuererlaß, den er als eine unzeitgemäße Maßregel erklärt, da der Staat zunächst noch viel Schulden zu bezahlen habe, und weil man die Position der Staatsregierung nicht schwächen dürfe, auch nicht durch einen Steuererlaß, in einem Augenblicke, wo sie vor den weittragendsten Aufgaben stehe.

Abg. Richter (Hagen) ist der Ansicht, daß der Antrag v. Hammerstein keinen großen Effekt haben werde, denn von den Kommunalsteuern werde diese Klasse dadurch nicht befreit. Früher habe die konservative Partei die Befreiung der untersten Klasse nicht gewollt, jetzt vor den Wahlen sei sie anderer Ansicht geworden. Es sei Alles Wahlpolitik, die ganze Regierungspolitik sei längst nichts weiter als Wahlpolitik und dies sei um so verkehrter, als sie

gar keine Erfolge habe. Mißerfolge auf Mißerfolge, weiter nichts! Man sollte doch lieber daran denken, eine vernünftige Stala aufzustellen. Alsdann leuchtete Redner die staatsrechtlichen Ausführungen des Finanzministers über den Unterschied zwischen „ausgezeichnet“ und „sehr guter“ Finanzlage, die einem Examinator große Ehre gemacht haben würden und weist darauf hin, daß es bei der großen Verstaatlichung von Eisenbahnen gar nicht möglich sei, eine klare Uebersicht und ein sicheres Urtheil über die Finanzlage zu erreichen. Er halte die gegenwärtige Finanzverwaltung für nichts weniger als solide, und er sei daher der Meinung, daß man der Regierung so wenig Geld wie möglich geben solle, und daß das Geld beim Steuerzahler besser aufgehoben sei, als beim Minister. Aus diesem Grunde des Mißtrauens sei er für den Steuererlaß. (Beifall links.)

Der Finanzminister Bitter will auf die letzte Aeußerung des Vorredners nichts erwidern; er rechtfertigt darauf nochmals kurz den Standpunkt der Regierung.

Abg. v. Wedell (Biesdorf) plaidirt für den Antrag Hammerstein. Er bezeichnet den Standpunkt Windthorst's, welcher der Regierung die Verantwortlichkeit für die Maßregel allein überlassen will, als unhaltbar; der Standpunkt Richters sei klarer, er habe die Vorzeit offen herausgelehrt und gesagt: diesem Ministerium keinen Groschen. Richter habe nicht gut gethan, diesen Ruf zu wiederholen, da die Fortschrittspartei mit demselben früher keine guten Geschäfte gemacht habe. Der Antrag Hammerstein solle einen provisorisch besseren Zustand schaffen, als wir jetzt haben.

Nachdem Abg. Magdajnski für den Antrag v. Hammerstein gesprochen, erklärt Abg. Tiedeman (Wetmann) Namens eines Theiles der freiconservativen Partei, daß sie keine Veranlassung hätten, sich der Staatsregierung auf dem von ihr benehmen Wege entgegenzustellen, und daß sie daher für den Steuererlaß stimmen würden.

Damit ist die Diskussion geschlossen. Nachdem der Referent v. Benda noch einmal den Antrag der Budgetkommission empfohlen und nach einer längeren geschäftlichen Debatte über die Zulässigkeit des Antrages v. Hammerstein, in welcher auch der

Finanzminister Bitter erklärt, daß die Staatsregierung Bedenken tragen müsse, den Antrag hier zur Abstimmung gebracht zu sehen, beschließt das Haus mit 163 gegen 159 Stimmen, die Abstimmung über den Antrag v. Hammerstein nicht zuzulassen.

Bei der darauf vorgenommenen definitiven Abstimmung wird der Vorschlag der Regierung bezüglich der Steuerreform angenommen, der Antrag der Budgetkommission somit abgelehnt.

(Dafür stimmen Fortschritt, Sezessionisten, Zentrum, ein Theil der Freiconservativen und der Konservativen.)

Es folgt die Beratung des Etatsgesetzes selbst. Dazu bemerkt

Abg. Richter: Man muß sich heute gegen die Zuspitzung von Reden zu falschen Schlagwörtern zu schützen suchen. Ich habe überhaupt nur gesagt, diesem Ministerium keinen Groschen mehr, als es selbst verlangt. Dies gilt zumal von diesem Ministerium. Diese Frage ist nicht, wie Herr von Benda meint, eine Frage der Gefälligkeit, sondern eine Entlastung oder Belastung der Steuerzahler.

Das Etatsgesetz wird hierauf ohne Debatte genehmigt.

Der Etat balanzirt mit 934,589,917 Mark in Einnahme und 901,691,888 Mark in ordentlichen und 32,898,029 Mark in außerordentlichen Ausgaben.

Es folgt die zweite Beratung der Gesetzentwürfe betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der un mittelbaren Staatsbeamten und betreffend die Aenderung des Pensionsgesetzes.

Hierzu lag bekanntlich in der ersten Lesung ein Antrag des Abg. Birchow vor, welcher es als einen Vorstoß gegen die Verfassung bezeichnet, daß dieses Gesetz, welches ein Finanzgesetz sei, zuerst dem Herrenhause vorgelegt worden ist.

Die Kommission, welche zur Vorberathung dieser Gesetzentwürfe eingesetzt worden ist, hat sich dieser Auffassung nicht angeschlossen. Jetzt liegt ein Antrag des Abg. Klotz vor:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: In Erwägung, daß a. das Gesetz betreffend

die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der un mittelbaren Staatsbeamten als ein im Artikel 100 der Verfassungs-Urkunde bezeichnetes, die Erhebung von Steuern anordnendes Gesetz, b. das Gesetz betreffend die Aenderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 wegen der beträchtlichen und dauernden Belastung des Staatshaushaltsetats, als Finanzgesetz im Sinne des § 62 der Verfassungs-Urkunde zu erachten und daß somit die erfolgte Vorlage beider Gesetze an das Herrenhaus gegen Artikel 62 der Verfassungs-Urkunde verstößt,

daß nach der Erklärung der königlichen Staatsregierung die Vorlage beider Gesetze an das Herrenhaus nur in dem Wunsche, dem Herrenhause das erforderliche gesetzgeberische Material zu unterbreiten, nicht aber in der Absicht, in die verfassungsmäßigen Privilegien des Abgeordnetenhauses einzugreifen, erfolgt, und ausdrücklich anerkannt ist, daß der vorliegende Fall als präjudizial für die definitive Entscheidung der Frage, welche Gesetze als Finanzgesetze im Sinne des Artikels 62 der Verfassung zu erachten, nicht angesehen werden soll.

daß die schleunigste Erledigung beider Gesetzentwürfe im Interesse sämmtlicher Betheiligten geboten ist,

beschließt das Haus der Abgeordneten: 1) unter ausdrücklicher Wahrung der ihm durch Artikel 62 der Verfassung zugesicherten Rechte in die zweite Beratung der beiden Gesetzentwürfe einzutreten, 2) durch diesen Beschluß den Antrag des Abg. Dr. Birchow für erledigt zu erklären.

Die Abgg. Dr. Dettler und Köhler beantragen den ersten Abjag dieses Antrages zu streichen.

Abg. Klotz: Im Gegensatz zu der Kommission müsse er beide Gesetze als Finanzgesetze im Sinne des § 62 der Verfassung ansehen, denn dieselben haben eine erhebliche dauernde Einwirkung auf den Etat, da sie ihn dauernd nach der Berechnung des Finanzministers mit 9 bis 10 Millionen belasten. Auch seien sie gewissermaßen als Steuer-gesetze aufzufassen, da sie den Beamten bestimmte Beträge auferlegten und der Staatskasse Einnahmen zuführten.

Abg. Kiejske schließt sich dem Antrage Klotz an.

Finanzminister Bitter entwickelt nochmals die bekannten Gründe, weshalb die Regierung die beiden Gesetze nicht als Finanzgesetze betrachtet.

Abg. Windthorst: Er könne die beiden Gesetze nicht als Finanzgesetze ansehen und da an der bona fides der Regierung kein Zweifel bestehe, so halte er es für das richtige, nach dem Vorschlage der Kommission über den Antrag Birchow zur Tagesordnung überzugehen.

Die Debatte über die Vorlage wird hierauf geschlossen.

Abg. Klotz erklärt sich mit dem Amendement Dettler-Köhler einverstanden; der so gestaltete Antrag Klotz wird gegen die Stimmen der Liberalen abgelehnt, der Antrag der Kommission wird angenommen.

Es folgt die Spezialdebatte über das Gesetz betreffend die Aenderung des Pensionsgesetzes. Die Hauptbestimmungen desselben sind: 1) Die Pension der Beamten soll in Zukunft nicht um 1/20 jährlich, sondern um ein 1/15 jährlich steigen, so daß dieselbe schon nach 40, statt früher nach 50 Jahren den Maximalbetrag von 3/4 des Stelleneinkommens erreicht; 2) sollen die Beamten nach vollendetem 40. Dienstjahre auch gegen ihren Willen in den Ruhestand versetzt werden können.

Abg. Zelle erklärt sich für Nr. 1, aber gegen Nr. 2. Es sei nicht gerathen, die älteren Beamten, welche die größere Erfahrung haben, aus dem Amte zu entfernen. Wir haben mit den jungen Strebern, namentlich auch in der Ausführung der Kulturkampfgesetze, keine guten Erfahrungen gemacht.

Die Kommission hat eine neue Bestimmung eingefügt, daß bei nicht richterlichen Beamten, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben, zur Pensionierung die Dienstunfähigkeit nicht nachgewiesen zu werden braucht.

Vom Abg. Windthorst liegt ein Antrag vor, die „nicht richterlichen“ zu streichen.

Finanzminister Bitter erklärt sich einverstanden, ebenso der Abg. v. Seydewitz.

Das Haus verwirft den Antrag Zelle, nimmt dagegen den v. Windthorst an und genehmigt nicht

dieser Modifikation das Geheiß nach den Vorschlägen der Kommission.

Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr.
Tagesordnung: Dritte Beratung des Etats.
Schluß 5 1/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 24. März. Die „Germania“ steigert den Ton der Feindseligkeit gegen die Regierung und spricht namentlich von den heftigen Absichten, den Kampf soviel als möglich zu mildern, fortwährend in einem Ton, als wäre dieser Kampf lediglich und ausschließlich der preussischen Regierung zur Last zu legen, die daher auch dafür zu sorgen habe, daß die Folgen desselben, die „Trümmer“, beseitigt werden. Es wird dabei der eigentliche Ursprung des Kampfes vollständig mit Stillschweigen übergangen und namentlich die Thatsache, daß nach dem Vaticanum die Bischöfe selbst eine ganz andere Sprache geführt haben, als vor demselben, vollständig ignoriert. Es wird an der Zeit sein, das Gedächtniß der katholischen Bevölkerung an jenen Ursprung des Kampfes wieder aufzufrischen und daran zu erinnern, daß die katholische Kirche vor Allem die Pflicht hat, jene Trümmer, die sie selbst geschaffen, wegzuräumen zu helfen.

Berlin, 24. März. Wie dem „Berl. Tagbl.“ von einer Seite, deren Zuverlässigkeit zu bezweifeln es keinen Grund zu haben angeht, mittheilt, sei die seiner Zeit nach der Danziger Entrevue projektierte und wieder fallen gelassene Zusammenkunft Zar Alexanders III. mit dem Kaiser Franz Josef auf Anregung des Herrn v. Giers bei dem ihm befreundeten Grafen Kalmnoy wieder aufgenommen worden, und über diese Entrevue, welche vor der russischen Kaiserkrönung (Ende Mai — Anfang Juni) stattfinden soll, auch bereits eine prinzipielle Einigung erzielt. Eifrig gefördert war und wird dieser Friedensplan vom Kaiser Wilhelm, und soll in Folge dessen der Zar sofort bereit gewesen sein, den bezüglichen Antrag seines Ministers v. Giers zu acceptiren. Fürst Biemarck ist in Bekundung seines guten Willens, den Frieden zu erhalten, dem Plane nicht abgeneigt. Der demnächst in Wien eintrafende Großfürst Wladimir ist als Abgesandter seines kaiserlichen Bruders zu betrachten, und diesem liegt es ob, über die Zusammenkunft der beiden Kaiser in allen Einzelheiten zu verhandeln. Alsdann wird auch der russische Kanzlerposten durch eine dem westlichen Europa genehme Persönlichkeit, als welche uns der derzeitige russische Botschafter in Paris, Fürst Deloff, genannt wird, besetzt werden. Letzterer, welcher in diesen Tagen aus Gafschina auf seinen Posten zurückkehrt, wird in Paris mit dem zur Zeit daselbst weilenden Petersburger österreichisch-ungarischen Botschafter, Grafen Wolfenstein, zusammenzutreffen, in dessen Reiseprogramm für Petersburg die sachlichen und materiellen Unterlagen für die geplante Zusammenkunft der beiden Kaiser überhaupt die erste Rolle spielen sollen.

Ausland.

Wien, 23. März. Heute erscheint mit offizieller Programm-Bestimmtheit die Nachricht von der feststehenden Reise des österreichischen Kaisers nach Turin zum Gegenbesuche bei König Humbert und Königin Margherita. Dieser Gegenbesuch bedeutet ohne vielen Aufwand politischer Gräuel die Ergänzung des Gedankens, welcher das italienische Königspaar im letzten September nach Wien führte, des Anschlusses Italiens nämlich an die deutsch-österreichische Allianz. Was dieser Beitritt aber im Verhältnisse zu Ausland zu bedeuten habe, das hängt eben von der Stellung ab, welche dieser Bund Österreichs und Deutschlands zu Russland einnimmt — und ob auch da Biemarcks Friedensstreberei sich thätig erweist und einen wenigstens momentanen Erfolg zu verzeichnen hat, das ist, wie man weiß, zum mindesten sehr dubious. Darum erscheint auch jene andere vom Telegraphen gegebene trübselige Nachricht eines russischen Blattes schwer zu deuten, welche den bevorstehenden Besuch des Sultans in St. Petersburg ankündigt. Es hat in den letzten Wochen und Monaten als feststehende Thatsache gegolten, daß der deutsche Einfluß in Konstantinopel der allmächtige und entscheidende geworden sei, und es ist da wohl zunächst die Frage am Platz, ob für den Fall der Bewahrheitung der erwähnten Nachricht man auch hierin ein Werk der deutschen Politik zu sehen habe, ob also die Reise des Großherrn nach der russischen Hauptstadt nichts Geringeres bedeuten würde, als ein vervollständigendes Seitenstück zu dem Turiner Besuche, ob Biemarck an der Möglichkeit arbeite, die Friedensökette über Wien, Rom, Konstantinopel nach Petersburg hinauf, von da nach Berlin zurückzuführen und Europa damit zu umspannen, wobei es Frankreich und England anheimgestellt würde, sich mit davon umspannen zu lassen, oder außerhalb derselben zu bleiben. Oder aber — die Kombination des russischen Blattes hätte den Sinn, daß die russische Diplomatie wieder einmal den alten Plan einer Separatverständigung Russlands mit der Türkei aufnehmen und daß von Petersburg aus dahin gearbeitet würde, den Sultan als Gast in die Residenz des Zaren zu bringen, um damit einen Gegenreich gegen die mitteleuropäischen Intimitäten zu führen. Für diese verschiedene Deutungen und Auslegungen aber ist, wie bemerkt, vor Allem Eines festzustellen notwendig: ob die Meldung der „Nowoje Wremja“ über die Bezeichnung einer bloßen russischen Zeitungs-Kombination hinausgeht.

Wien, 23. März. In der „St. James Gazette“ werden die Meldungen über die begonnene Mobilisierung Montenegros bestätigt. Dieser Schritt war in Cetinje, wie dort gesagt wird, als notwendig erachtet worden, da die trivischen Insurgenten nach ihrer letzten Niederlage

eine Stellung in der Nähe der montenegrinischen Grenze einnahmen und den schwachen Lörden der Montenegriner zu durchbrechen drohten. Der Fürst hielt es für seine Pflicht, eine hinreichende Streitmacht zusammenzuführen, um das Betreten montenegrinischen Gebietes seitens der Aufständischen zu verhindern und beabsichtigte eine Mobilisierung in einem freundlichen Geiste. Es folgte ein thätiger telegraphischer Meinungsaustrausch zwischen Oberst Böhm, dem österreichischen Residenten in Cetinje, und dem auswärtigen Amte in Wien, welcher das Ergebnis hatte, daß der Fürst den Gedanken an eine Mobilisierung aufgab, da ihm vorgestellt ward, daß in Anbetracht der großen Theilnahme, welche die Montenegriner für die Insurgenten bekundeten, es gefährlich wäre, eine große Streitmacht zusammenzuführen, über welche der Fürst nicht im Stande sein dürfte, seine Kontrolle zu behalten. Ueber die wirklichen Absichten und Bestimmungen des Fürsten sind wir freilich anders informiert. Und die so rasche Eröberung der Arbowitz dürfte mehr zum Einstellen der Mobilisierung beigetragen haben, als die Besorgniß, die Kontrolle über die kriegerischen Montenegriner zu verlieren. — Es ist kaum der Mühe werth, ein Wort über die wunderliche Nachricht des „Standard“ zu verlieren, es sei eine Föderation zwischen Serbien und Oesterreich im Werke, nach welcher die Herzegowina und Bosnien der Verwaltung der serbischen Regierung übertragen werden sollen, während eine permanente föderale, militärische und kommerzielle Allianz geschlossen würde, in welcher Kaiser Franz Josef der Ober-Befehlshaber der vereinigten Streitkräfte sein soll.

Provinzielles.

Stettin, 25. März. Die hier gestern Abend von dem Vorstand des liberalen Wahlvereins in der Grünhof Brauerei (Bod) einberufene allgemeine Wählerversammlung war verhältnismäßig nur schwach besucht. Herr General-Sekretär Brömel aus Berlin hielt einen längeren Vortrag über das Tabakmonopol, nach welchem auf Vorschlag des Herrn Dr. Dohren folgende Resolution angenommen wurde: „Die heute versammelten Wähler Stettins, überzeugt, daß die Einführung des Tabakmonopols für die in Pommern blühende Tabakindustrie und den von Tausenden kleiner Grundbesitzer betriebenen Tabakbau verderblich ist, erklären es für eine Pflicht jedes Staatsbürgers, mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln gegen die Einführung des Monopols zu wirken, dagegen dahin zu streben, daß die für eine gedeihliche Entwicklung, wie von Handel und Industrie überhaupt, so von der Tabakindustrie insbesondere, absolut notwendige Ruhe und Festigkeit der Gesetzgebung der langandauernden Unterbindung durch wechselnde Projekte ein Ende mache.“

— Wie die „Lib.“ hört, hat die Wahl des Professors Dr. Behrendt zum Rektor der Universität Greifswald die Befähigung des Kulturministers bisher noch nicht gefunden.

— Der Arbeiter Friedrich Risch und der Schuhmachersohn Aug. Kudtke, Beide aus Gülzow, Kreis Cammin, haben am 17. Januar d. J. zwei durch das Eis des bei Gülzow befindlichen Mittelher's eingebrochene Personen vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese menschenfreundliche That wird seitens der kgl. Regierung mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß den Rettern eine Geldprämie bewilligt worden ist.

— Hiesige Blätter brachten vor einigen Tagen die Meldung, daß hier selbst vor ca. 14 Tagen zwei Schornsteinfegergehilfen wegen einer plötzlichen Erkrankung nach dem Krankenhaus geschafft werden mußten, wo sich herausgestellt haben sollte, daß Beide an Trichinose litten. Einer derselben sei bereits in Folge der Krankheit verstorben. An dieser Nachricht ist allerdings wahr, daß zwei Schornsteinfeger erkrankt sind und einer davon gestorben ist. Von Trichinose ist jedoch bei Beiden keine Spur gefunden, es ist vielmehr festgestellt worden, daß sie am Typhus erkrankt waren.

— Der Arbeiter Gustav Rohrbach befand sich gestern Abend auf dem dritten Rang des Stadttheaters und hatte, da ihm zu heiß wurde, seinen Ueberzieher neben sich auf die Bank gelegt. Es ließ ihn dort auch liegen, als er auf kurze Zeit seinen Platz verließ und machte sich ein bißchen unermittelter Mann bies zu Ruhe und entfernte sich mit dem Ueberzieher, der einen Werth von circa 30 Mark hat.

— Einem Fuhrstrafe 16 wohnhaften Fräulein ist am 19. d. M. auf bisher nicht ermittelte Weise ein silbernes, stark vergoldetes Armband mit 23 Granaten besetzt, abhandeln gekommen. Dasselbe hat einen Werth von ca. 60 Mark.

— In der Woche vom 12. bis 18. März kamen im Regierungsbezirk Stettin 172 Erkrankungen und 27 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor. Am stärksten zeigte sich Diphtherie, woran 81 Erkrankungen und 22 Todesfälle zu verzeichnen sind, und zwar erkrankten im Kreise Demmin 27, im Kreise Raugard 13, im Kreise Uckermünde 9, im Kreise Saargl 8, in den Kreisen Anklam und Greifenhagen je 5, im Kreise Usedom-Wollin 4, in den Kreisen Pyritz, Regenwalde und Stettin je 3, und im Kreise Randow 1. Demnächst folgen Masern mit 45 Erkrankungsfällen, davon 40 im Kreise Pyritz, 3 im Kreise Randow und 2 im Kreise Stettin. An Scharlach und Röteln erkrankten 27 Personen (1 Todesfall), 16 im Kreise Pyritz, 5 im Kreise Demmin, je 2 in den Kreisen Randow und Saargl, und je 1 in den Kreisen Regenwalde und Uckermünde. Darm-Typhus kam 15 Mal vor (3 Todesfälle), und zwar 5 Erkrankungen im Kreise Usedom-Wollin, 4 im Kreise Stettin, je 2 in den Kreisen Cammin und Randow, und je 1 in

den Kreisen Greifenhagen und Pyritz. An Rückfall-Typhus erkrankte 1 Person im Kreise Stettin und an Pocken 2 im Kreise Usedom-Wollin. An Kindbettfieber erfolgte ein Todesfall und eine Erkrankung im Kreise Stettin. — Der Eintritt des Frühjahrs giebt meist Veranlassung, an die Revision event. Reparaturen der Pappdächer oder anderer Theerdächer zu gehen, und versehen wir nicht, auf das in diesen Blättern des Oesterer annozierte Fabrikat von Otto Hiller in Berlin (Hiller'scher Mastix — präparirter Dachthear) hinzuweisen, welches zu genanntem Zweck bestens empfohlen wird.

Kajewalk. Ein Selbstmord am hellen Tage und auf offener Straße gehört gewiß zu den Seltsamkeiten. Einen solchen versuchte heute Vormittag der Arbeiter Cornelius in der Klosterstraße auszuführen, indem er sich mit einem Brodmesser die Kehle durchschneiden wollte. Das Messer muß jedoch nicht scharf genug gewesen sein und der Selbstmörder dasfelbe auch zu hoch angelegt haben, denn mehrere Schnitte hat er sich wohl beigebracht, aber statt des Kehlkopfes die Zungenwurzel durchgeschnitten. Für die Wiedergenesung des G. ist wenig Aussicht vorhanden. Ueber die Motive zu dem Selbstmord ist Bestimmtes nicht anzugeben; G. soll stark dem Trunke ergeben sein, so daß er möglicherweise die That in einem Deliriumanfalle begangen haben kann.

Greifswald, 24. März. Se. Majestät der Kaiser hat dem Grafen v. Behr-Bandelin die Kammerherrnwürde verliehen.

Arnswalde, 24. März. Die Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs wurde am Vorabend desselben durch Zapfenstreich der Schulkinder und des Kriegervereins eingeleitet. Am Festtage selbst ertönte gleich nach 5 Uhr die Morgen Reveille. Vormittags fanden die üblichen Schulfestlichkeiten statt und wies Herr Lehrer Schmöll in seiner Festsrede darauf hin, daß heute der Geburtsfesttag des Familienoberhauptes sämtlicher deutschen Stämme sei, die seit dem 18. Januar 1871 das neu erstandene Reich bilden. Er erinnerte daran, daß die unsterbliche Königin Luise bereits mit prophetischem Geiste die künftige Größe Deutschlands durch ihren zweiten Sohn Wilhelm verkündet habe; erwähnte der großen Liebe, die der greise Monarch zu allen Zeiten und auch noch heute seiner hochseligen Mutter zollt und des herrlichen Geschlechts der Hohenzollern, welches so entscheidend in die Geschichte Deutschlands eingegriffen und dasselbe zur Macht und Größe geführt, und schloß mit dem Gelübniß inniger Liebe und Treue zu unserem Heidenläufer. Ein Abend-Gottesdienst beschloß die offizielle Feier. Die Illumination erstreckte sich auf die öffentlichen und einige Privatgebäude am Markt. Diners fanden in der Loge und in „Stadt Rom“ statt, und folgte in letzterem Locale ein Ball des Kriegervereins. — Am Dienstag Nachmittag hatten wir hier ein starkes Gewitter mit Hagelregen und Hagelsturm, das sich eine Stunde über unserer Stadt ausbreitete. Am Abend zog ein zweites Gewitter herauf, welches sich zwar nur durch einige Donnerschläge ankündigte, dessen Blitze aber noch lange die Finsternis erhellten.

Kunst und Literatur.

Das zu Ende vorigen Jahres von der Verlagsbuchhandlung von D. Bunde in Altenburg begonnene Sammelwerk: Deutsche Humoristen aus alter und neuer Zeit, in einer Auswahl und mit literarischen Einleitungen, herausgegeben von Dr. Julius Niefert, hat sich einer günstigen Aufnahme zu erfreuen gehabt.

Der soeben erschienene 2. Band bringt den vortrefflichen Volksschriftsteller Matthias Claudius, den so höchst originellen humoristischen Wandebraker Beten, von welchem Herder gewiß mit Recht sagt: „Vergesse Deutschland nie des biedern Dichters, aus dem, wie aus wenigen, die unsträfliche echte Natur sprach.“

„Wie aber Claudius,“ sagt der Literaturhistoriker Schmalz in seinen deutschen Dichtern und Denkern, „die Werke unserer größten Schriftsteller auf das Tiefste zu erfassen verstand, so jetzt Alles, was er selbst geschrieben hat, von einer Wärme und Innigkeit des Gefühls, die kaum ihres Gleichen in unserer oder irgend einer fremden Literatur hat. Und dieses Alles ist in einer so gemüthvollen, liebevollwürdigen, humoristischen Weise geschrieben, daß es Herz und Seele unmittelbar gewinnt und erquickt.“

Bemischtes.

— (Der bestrafte Briefbeschwerer.) Vor dem Schöffengericht in Hersfeld (Hassel) kam dieser Tage ein Fall zur Bestrafung, der so interessant ist, daß er der Deffentlichkeit nicht entzogen werden darf. Der dortige Rentier B. Braun war mit einer Mark bestraft worden, weil sein Hund ohne Maulkorb auf der Gasse herumlief. Herr Braun aber hatte gegen diese Strafe Einsprache erhoben, wurde auch freigesprochen, da er nachweisen konnte, daß er selbst gar nicht im Besitze eines Hundes sei. Kaum hatte Braun dieses für ihn günstige Urtheil angehört, so griff er in die Tasche, holte einen Briefbeschwerer mit einem Hund heraus, stellte denselben höhniß vor den Richter und sprach: „Ach, ich habe doch einen Hund.“ Das Schöffengericht sah dies als eine Beländigung an und verurtheilte Braun zu 100 Mark Strafe.

— (Eine seltene Trauung.) Im israelitischen Kulturtempel zu Pest fand vorgestern eine seltene Trauung statt. Moriz Klug und Rosale Roth wurden ehelich verbunden; das Brautpaar ist taubstumm. Der Prediger, der die Trauungszeremonie vollzog, erklärte dem Brautpaar auf eine ihm möglichst verständliche Weise die Bedeutung der Ehe-

schließung und wurde der Bräutigam in diesem Falle vom Nachjagen der Eidesformel selbstverständlich entbunden. Ein zahlreiches Publikum, darunter viele Leidenegefahrten und Gefährtinnen, wohnten der interessanten Trauung bei.

— (In der Kirche.) Frau (ragt): O, daß ich tausend Jungen hätte! Ihr Gatte (erschüttert): Um Gotteswillen!

Biehmarkt.

Berlin, 24. März. Amtlicher Marktbericht vom Städtischen Central-Biehshofe.

Es fanden zum Verkauf: 184 Rinder, 666 Schweine, 686 Kälber, 430 Hammel.

Rinder. Es wurde etwa die Hälfte des Auftriebes vom Markt genommen, darunter auch ausnahmsweise einige Stücke besserer Qualität, die mit 50—56 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht bezahlt wurden; bei geringerer Waare läßt sich des großen Verschlebens wegen kein maßgebender Preis nennen.

Schweine. Der Auftrieb bestand überwiegend aus Russen und Balonymern, und wurden die sehr wenigen Stücke inländischer Race, deren Preis zwischen 50—55 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht und 20 Prozent Tara pro Stück variierte, in nicht zu langer Zeit geräumt; Russen hinterließen Ueberstand und wurden mit 44—50 Mark bezahlt, während Balonyer gar keine Berücksichtigung fanden.

Kälber. Der geringe Auftrieb und der durch die Festlichkeiten des 22. März gesteigerte Bedarf bewirkten ein glattes Geschäft und gesteigerte Preise; beste Waare, die schon gestern schnell geräumt wurde, erhielt nicht 54—58 Pf., ausgelegte Stücke auch 60 Pf. und darüber, mittlere 42—52 Pf. pro 1 Pf. Schlachtgewicht; geringe Qualität fehlte.

Hammel. Der Auftrieb bestand aus geringer Waare, für die gar kein Begehrt stattfand und aus einigen Osterlammern, die keinen Anhalt zu einer Preisnotierung bieten können.

Telegraphische Depeschen.

Darmstadt, 24. März. Die landwirtschaftliche Zentralstelle hat sich mit 10 gegen 5 Stimmen gegen das Tabakmonopol ausgesprochen.

Karlsruhe, 24. März. Bei der heutigen Beratung des Eisenbahns Etats durch die zweite Kammer wurde von dem Abg. Edelmann (ultramontan) und Genossen zu dem Etatsartikel „Remunerationen“ beantragt, daß die Remunerationen, mit Ausschluß der höheren Beamten, nur an die Beamten mit einem Gehalt unter 2900 M. verteilt werden sollen. Der Finanzminister Elsäßer bezeichnete die etwaige Annahme dieses Antrages als ein Misstrauensvotum; gleichwohl wurde der Antrag von der Kammer angenommen.

Wien, 24. März. Wegen Schneeverwehung und Lawinensturz ist der Eisenbahnverkehr am Brenner auf der Strecke Steinach-Sirzing eingestellt worden. Die Unterbrechung dürfte einige Tage dauern.

Wien, 24. März. Nach dem „Fremdenblatt“ wird in Abgeordnetenkreisen angenommen, daß der Zusammentritt der Delegationen in der Zeit zwischen dem 15. und 17. t. Mts. erfolgen werde. Aus militärischen Kreisen verlautet, daß zur Aufrechterhaltung des Kriegesandes bis zum Monat August, von wo an die Abrüstung zu erfolgen sei, höchstens 6 Millionen und bis zum Jahreschlusse weitere 3 Millionen erforderlich sein würden. Eine gleiche Summe werde für die Erhöhung der Diskussionskosten in der nächsten Zeit angenommen. Die Befestigungen in der Herzegowina dürften etwa 500,000 fl., welche in das Budget für Bosnien einzustellen sein würden, und die Kaiserinbauten und Befestigungen in Süddalmatien etwa 1 Million in Anspruch nehmen.

London, 24. März. Unterhaus. Unterstaatssekretär Dille erklärte auf eine Anfrage Comys, die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika sei dahin vorstellig geworden, daß die nordamerikanischen Bürger, die auf Grund der irischen Zwangsarbeit gefangen gesetzt worden seien, entweder von Gericht gestellt oder freigelassen würden, die Regierung sei mit der Erwägung dieser Vorstellung gegenwärtig beschäftigt. Von dem Deputierten Mitchell wurde die Ernennung eines Ausschusses beantragt, der den Einfluß der fremden Jolitarife auf den britischen Handel und die Möglichkeit, die Handelsverträge für die Entwicklung der britischen Industrie durch Geheiß zu beeinflussen, unterzuchen soll.

Petersburg, 24. März. Der gestrigen Festlichkeit bei dem deutschen Botschafter wohnten der Staatssekretär Giers mit seiner Gemahlin, sowie alle Chefs der hiesigen Botschaften und Gesandtschaften mit ihren Gemahlinnen und die Mitglieder der deutschen Botschaft — im Ganzen gegen 40 Personen — bei. Der Botschafter von Schwelnitz brachte den ersten Toast auf den Kaiser Alexander III. aus, welchen Staatssekretär Giers mit einem Toast auf den Kaiser Wilhelm erwiderte. Der Botschafter von Schwelnitz trank sodann auf das Wohl der Souveräne und Staatsoberhäupter, deren Vertreter die festliche Feier mit ihrer Gegenwart beehren der italienische Botschafter Ritter Nigra schloß mit einem Toast auf den Doyen des hiesigen diplomatischen Korps, Botschafter von Schweinig und dessen Gemahlin. Die Festgäste trafen bis zur späten Abendstunde in der deutschen Botschaft vereinigt.

Wie verlautet, wurde vom Kaiser schon am Morgen des Geburtstages des Kaisers Wilhelm, als die Offiziere der in Gafschina zur Befestigung eingrückten Garderegimenter zum Frühstück im Palais versammelt waren, in sehr warmen Worten ein Hoch auf den Kaiser Wilhelm ausgebracht. Das Hoch wurde von den Offizieren mit enthusiastischen Hurrahrufe aufgenommen.

